



Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland (BAGIV) anlässlich des 10. Nationalen Integrationsgipfels am 13. Juni 2018

Gemeinsam Demokratie stärken, gemeinsam Werte leben

-Einwanderungsgesellschaft-

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Diese Erkenntnis setzte sich erst zögerlich und zum Teil gegen erhebliche Widerstände durch. Die Integrationsdefizite aus den ersten 30 Jahren seit dem ersten Anwerbeabkommen stellen selbst heute noch einen Teil der gegenwärtigen Probleme dar. So wenig wie es Integrationsangebote bis in die Mitte der 1990er Jahren gab, so selten kamen auch Forderungen von migrantischer Seite nach diesen fehlenden Angeboten.

Seit Ende der 1990er Jahre sehen wir die unterschiedlichen Bundesregierungen in einem weitgehend ehrlichen Bemühen, die Herausforderungen, die mit Zuwanderung und Integration zusammenhängen, zu lösen. Die öffentlichen Mittel, die für Integrationsprojekte bereitgestellt werden, haben sich in den letzten 20 Jahren vervielfacht. Dennoch haben in erster Linie nicht die MO's sondern andere Akteure wie Wohlfahrtsverbände oder Unternehmen im Integrationsbereich davon profitiert. Gleichwohl haben sich Migrant*innenorganisationen in dieser Zeit trotz zunehmender Aufgaben bemüht, mit bescheidenen Mitteln sich besser zu organisieren und zunehmend zu professionalisieren. Vor allem klassische MO's brauchen für die Zukunft eine viel stärkere finanzielle Unterstützung, wenn die große Herausforderung Integration gelingen soll.

-Verantwortung für unser Gemeinwesen-

Wir Migrant*innenorganisationen tragen heute eine Verantwortung für die Gesamtgesellschaft, eben weil wir uns als einen selbstverständlichen Teil einer pluralistischen Gesellschaft sehen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland erlaubt es, uns zu entfalten und aus der Prägung des individuellen und kollektiven historischen Gedächtnisses heraus, unterschiedliche Positionen zu beziehen. Dies verdanken wir unserer neuen Heimat Deutschland.

Integration kann nur im demokratischen Aushandeln mit der Mehrheitsgesellschaft gelingen. Ohne den Dialog und ohne Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft für unsere Arbeit können wir unsere berechtigten Anliegen jedoch nicht durchsetzen.

Wenn wir bei unseren Forderungen nach Gleichberechtigung, Teilhabe und Anerkennung Unterstützung erhalten wollen, müssen wir von allen Seiten eine selbstkritische Haltung fordern und einnehmen und auch Missstände, die im Zusammenhang mit der Migration stehen, benennen und daraus resultierende Probleme lösen wollen.

Zuwanderung und die damit einhergehende Veränderung der eigenen Lebensrealität und des Lebensumfelds ist eine Herausforderung für alle Beteiligten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob Alt- oder Neuzuwanderer.

Stellungnahme

Uns sind Sorgen und Ängste der Menschen in unserem Land bewusst. Wir nehmen Sie ernst. Und nicht nur, weil auch die Zuwanderer zumeist die gleichen Sorgen und Ängste teilen. Wenn die Benennung der Missstände im Zusammenhang mit Migration nur den Rechtspopulisten überlassen wird, werden wir einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung an sie verlieren. Das ist unsere große Sorge.

Migrantenorganisationen, die sich nicht ohne Wenn und Aber zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, die die Integration ihrer Mitglieder verhindern, teils offen, teils verdeckt an Parallel- und Gegengesellschaften arbeiten und aus dem Ausland gelenkt werden, sind zweifelhafte Partner, die zwar hier mitwirken wollen, jedoch nicht das Wohl unserer Gesamtgesellschaft im Fokus haben.

Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus gibt es auch unter den Migranten, sie müssen wie jede Form der Menschenfeindlichkeit benannt und bekämpft werden. Die Existenz dieser Formen der Menschenfeindlichkeit zeigt uns, dass wir die Verwandlung in eine freiheitlich-pluralistische Gesellschaft noch nicht erfolgreich vollzogen haben.

-Heimat-

„Heimat“ ist in diesem Zusammenhang mitnichten ein rückwärtsgewandter Begriff. „Heimat“ kann ein Begriff sein, der positiv besetzt, ein Gefühl von Teilhabe vermittelt. Heimat hat offene Arme, sie grenzt nicht aus. Wir müssen daher gemeinsam eine inklusive Heimat schaffen, in der Einheit in Vielfalt möglich ist.

Ohne gemeinsame Regeln, die nicht nur auf abstrakten Gesetzen, sondern auf gemeinsamen Werten beruhen, ist der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft auf Dauer nicht möglich. Jeder, der sich eine Zukunft in unserer Heimat vorstellt, muss die unverhandelbaren Grundwerte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Recht auf Meinungsäußerung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit und Säkularität des Staates akzeptieren und aktiv fördern. Auch, dass zur Religionsfreiheit die Religionskritik gehört. Niemand darf wegen seiner Kritik an Religionen in Deutschland bedroht oder eingeschüchert werden.

Heimat ist nicht allein eine Schicksalsgemeinschaft, sondern eine "Zukunftsgemeinschaft", die wir nur zusammen gestalten können. Daher ist es an der Zeit alle, die gewillt sind, an unserem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen teilzuhaben, bei der Schreibung dieses Narratives miteinzubeziehen.

-Anerkennungskultur für Migranten-

Dazu gehört auch die volle rechtliche und politische Anerkennung und öffentliche Wahrnehmung von Menschen, die schon lange hier leben, die in Deutschland angekommen sind. Gesellschaftlich, sozial, auch mental. Sie sind hier zu Hause. Politik und Mehrheitsgesellschaft müssen diese Menschen endlich als vollwertige Deutsche anerkennen. Wir brauchen für sie eine "Anerkennungs-" und keine "Willkommenskultur". Willkommen kann man nur neue Zuwanderer heißen, aber nicht Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und deren Kinder und Enkelkinder in Deutschland auf die Welt gekommen sind.

Wir Migrantenorganisationen sind uns unserer Verantwortung für Deutschland bewusst und wollen zu einer Versachlichung der Migrations- und Integrationsdebatte beitragen, indem wir nicht zuvorderst eine Opferrolle einnehmen, sondern auf Augenhöhe unsere gemeinsame Heimat Deutschland mitgestalten.

Migrantenorganisationen sind Teil der Lösung. Wir müssen ihre Stärken erkennen. An ihnen wird sichtbar, ob eine Gesellschaft funktioniert. Deshalb dürfen sie nicht ausschließlich defizitär betrachtet werden.

-Diskriminierung und Rassismus-

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Rassismus und Diskriminierung in Deutschland existieren. Rassismus in Deutschland ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern etwa in Form von gewalttätigen Übergriffen, Alltagsrassismus und geringer politischer Teilhabe von Migranten gegenwärtige Realität. Genauso, wie wir Missstände, die im Zusammenhang mit der Migration stehen, nicht ausblenden, dürfen Staat und Gesellschaft Rassismus und Diskriminierung im Alltag nicht übersehen.

Forderungen:

1. Strukturförderung für Migrantenorganisationen

Die Strukturförderung der MOs muss unbedingt fortgeführt und weiter ausgebaut werden. Aus unserer Sicht muss es mittelfristig zu einer institutionellen Regelförderung der Migrantenorganisationen auf Bundesebene kommen. Ohne eine Strukturförderung können sich die Migrantenorganisationen nicht professionalisieren, die bei der Lösung der herausfordernden Aufgabe „Integration“ für Staat und Gesellschaft als Akteure unverzichtbar sind.

2. Bundesintegrationsbeirat

Im Rahmen der von Frau Staatsministerin Widmann-Mauz, der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, angekündigten Nationalen Integrationsstrategie plädieren wir für einen Bundesbeirat der Integration im Kanzleramt. Wir bedauern, dass der von Prof. Dr. Maria Böhmer geschaffene Bundesbeirat von der letzten Integrationsministerin abgesetzt wurde, und wünschen uns daher die erneute Einsetzung eines entsprechenden Bundesbeirats. Die Migrantenverbände Deutschlands wollen sich in diesem Rahmen für die Überarbeitung des Nationalen Aktionsplanes und die Gestaltung Deutschlands einsetzen.

Wir appellieren an die Bundeskanzlerin, den Bundesintegrationsbeirat wiedereinzusetzen und mit Beteiligungsmöglichkeiten bei Gesetzgebungsverfahren auszustatten.

3. Integrationsgesetz im Rahmen eines modernen Einwanderungsgesetzes

Wir fordern ein modernes und umfassendes Einwanderungsgesetz, innerhalb dessen es eines eigenen Integrationsgesetzes bedarf. Dieses Rahmenwerk böte die Möglichkeit, die Teilhabechancen von Migranten strukturell festzuschreiben, aber auch sinnvolle Erwartungen an potentielle Einwanderer zu definieren.

Die Migranten starten in ihre neue Heimat mit teilweise falschen Erwartungen und jahrelanger Unsicherheit. Die Bürokratie, die per Definition ja keine Einwanderer kennt, kann sich in der jetzigen Lage nicht angemessen auf sie einstellen und dementsprechend nicht ausreichend Wohnraum, Schul- und Sprachkursplätze zur Verfügung stellen.

Zudem hat die Wirtschaft bislang weiterhin nicht den geringsten Einfluss auf die Steuerung von Zuwanderung und somit ist auch die Erfolgswahrscheinlichkeit von Integration durch Arbeit gering. Deutschland sollte qualifizierten Migranten die Einwanderung erleichtern, das Land ist dringend auf sie angewiesen.

Die BAGIV mahnt umgehend eine Gesetzesinitiative für ein modernes Einwanderungsrecht unter Beteiligung der Migrantenorganisationen an.

4. Politische Bildung

Die politische Bildung ist eine der wichtigsten Maßnahmen für das Funktionieren einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Ein vielfältiges, demokratisches und gewaltfreies Miteinander muss bereits in jungen Lebensjahren erlernt und erfahren werden. Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention sind nur zwei Felder, in denen Migrantenorganisationen verstärkt aktiv werden sollten. Wir fordern von der Bundesregierung die Unterstützung aller seriöser und qualifizierter MOs, damit diese als Träger der politischen Bildung anerkannt werden.

Die Mitgliedsverbände der BAGIV sind:

- Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine in Deutschland e.V.
- KOMKAR, Verband der Vereine aus Kurdistan in Deutschland e.V.
- Bundesverband der Griechischen Gemeinden in Deutschland e.V.
- Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V.
- Zentralrat der Serben in Deutschland e.V.
- Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland e.V.
- Kurdische Gemeinde in Deutschland e.V.
- Bundesverband der Portugiesischen Vereine in Deutschland e.V.
- Bundesverband der Vietnamesen in Deutschland e.V./Vietnamesische interkulturelle Fraueninitiative in Deutschland e.V.

- Kroatischer Weltkongress in Deutschland e.V.
- Zentral-Verband der Ukrainer in Deutschland e.V.
- Iranische Gemeinde in Deutschland e.V.
-

Folgende Migrantenorganisationen außerhalb der BAGIV unterstützen diese Stellungnahme:



Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

CGIL



BILDUNG

CGIL Bildungswerk e.V.



The African Network of Germany

The African Network of Germany e.V. – TANG